

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellungen bei allen Postämtern. Mitglieder kostenfrei.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Pettizelle 1 Mr. Aufnahme nur bei vorherig. Gebühreneinsendung auf Postcheck Alfred Riebel 11502. Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionschf. Freitag

Die zusätzliche Milliardenlast.

Die Opfer, die der deutschen Arbeitnehmererschaft durch die Wirtschaftskrise aufgebürdet worden sind und ihr noch immer aufgebürdet werden, bestehen nicht nur in Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Unterfüßungsabbau sondern noch in einer zusätzlichen Last, die sie in ihrer Eigenschaft als Steuerzahler und Verbraucher tragen muß. Es ist die Eigenart der kapitalistischen Krise, daß sie ungeheure Warenreserven sichtbar werden läßt, für die infolge mangelnder Kaufkraft kein Absatz vorhanden ist. Das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage führt zwangsläufig zu Preisentzungen, die einen Teil der vorgenommenen Einkommensenzungen auswiegen. Verhindert man aber diesen natürlichen Preisdruck, so wird der Arbeiterchaft eine Sonderlast aufgebürdet. Der Preisfall kann aufgehalten werden sowohl durch staatliche Kartellierung als auch durch Zollschutz. Von der durch die Zollpolitik dem deutschen Konsumenten aufgebürdeten Sonderlast handeln folgende Ausführungen.

Der Zentrumsabgeordnete Professor Friedrich Döflauer hat in einer Reichstagsrede zu Beginn dieses Jahres die Behauptung aufgestellt, es werde der deutschen Landwirtschaft durch die Hilfsmaßnahmen des Staates, vor allem durch die Zollpolitik, eine Zuwendung in Höhe von mindestens 3,5 Milliarden Mark im Jahre gegeben. Diese Zahl ist von interessierter Seite angezweifelt worden, was Professor Döflauer Veranlassung gab, nunmehr im „Deutschen Volkswirt“ die Rechnungsunterlagen für die von ihm genannte Ziffer zu veröffentlichen. Diese verdienen nicht nur die größte Beachtung, sondern auch die weiteste Verbreitung, weil sie zeigen, welche Sonderlast dem deutschen Volke, vornehmlich dessen wertvollsten Schichten, zugemutet wird, damit die Krisenfolgen der Landwirtschaft gemildert werden.

Welcher Art sind die durch die staatliche Schutzpolitik entstehenden Kostenbelastungen? Da wären zunächst die durch den Zoll verteuerten Lebensmittel, die aus dem Ausland eingeführt werden. Zweitens die durch den Zollschutz verteuerten Inlandsprodukte und drittens die der deutschen Landwirtschaft gemachten direkten Zuwendungen, die vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen. Professor Döflauer gibt dafür folgende Zahlen an:

| | Mill. M. |
|---|-------------|
| 1. Preissteigerung durch Agrarzölle für Einfuhrwaren | 450 |
| 2. Preissteigerung durch Agrarzölle für Inlandsprodukte | 3305 |
| 3. Direkte Zuwendungen an die Landwirtschaft | 400 |
| Zusammen | 4155 |

Die Belastung durch Zollerhöhung für eingeführte Agrarprodukte ist in den Haushaltsrechnungen ausgewiesen, während die durch den Zoll bedingten Wertsteigerungen der Inlandszeugnisse errechnet sind. Dabei ist die Differenz zwischen dem hohen Inlandspreis und dem niedrigen Weltmarktpreis mit den in Deutschland abgesetzten Mengen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen (abzüglich des Verbrauches im eigenen Haushalt) multipliziert worden, was die Summe von rund 3,3 Milliarden Mark ergibt. Die letzte Summe in Höhe von 400 Millionen Mark stützt sich im wesentlichen auf die der Landwirtschaft gewährten Beiträge für Landeskulturämter, Veterinärwesen, Gutsverwaltungen, Versuchsanstalten und dergleichen; außerdem enthält sie die der Landwirtschaft gewährten direkten Zuschüsse. Diese Summe ist zweifellos zu niedrig eingelegt, da die wichtige Subventionen, die aus Sammelangaben nicht auszufondern waren, nicht enthält.

Zu dieser Last von rund 4,2 Milliarden Mark, die dem deutschen Volke im Schutzinteresse der Landwirtschaft aufgebürdet ist, kommt noch eine solche in Höhe von 1,3 Milliarden für Zwecke des industriellen Schutzes. Beides zusammen ergibt eine Gesamtbelastung von 5,5 Milliarden Mark. Professor Döflauer will die von ihm der Öffentlichkeit übergebene Berechnung nicht als gegen die Landwirtschaft gerichtet aufgefaßt wissen, zu deren staatspolitischer Billage er sich ausdrücklich bekennt. Das ist auch nicht unsere Absicht, denn es ist klar, daß die deutsche Landwirtschaft wäre je jeglichen Schutzes beraubt, der Auslandskonkurrenz nicht standhalten könnte. Vermehrte Abwanderung in die Industrie-

zentren und damit steigendes Angebot von industriellen Arbeitskräften würden die unausbleiblichen Folgen sein. Der Einfluß dieses Zustandes auf die Lohnhöhe bliebe nicht aus. Aber wir gestatten uns die Frage, ob eine derartige Form der Lastenverteilung zwischen Landwirtschaft und Verbraucher heute noch gerechtfertigt ist. Wenn die der Arbeiterchaft diktierten Einkommensenzungen das Volk nicht zur Verzweiflung treiben sollen, dann müssen die Preise für Lebensmittel gewaltig herunter. Deshalb ist beim Zoll für die landwirtschaftlichen Produkte der Hebel anzulegen. Es wird allerhöchste Zeit, daß Herr Brüning dort endlich Ernst macht. Ihm sei deshalb die Begründung des Körnerschen Schiedspruches für die Berliner Metallindustrie ebenso dringend als Lektüre empfohlen wie die hier auszugsweise wiedergegebenen Berechnungen seines Parteifreundes Professor Döflauer.

Zum Neuaufschluß des Reichstarifs in der Ledertreibriemenindustrie.

Der Reichstarif wurde alljährlich erneuert oder mit einigen Änderungen abgeklärt und besteht über ein Jahrzehnt. In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs gelang es, besonders die Rentenfrage im besten Sinne zu beeinflussen. Die Berufsrenten bestanden seit dem Jahre 1921. Durch die wirtschaftliche Krise und ihre Auswirkung in der Ledertreibriemenindustrie ist die Beschäftigung rapide zurückgegangen. Ein großer Teil ist namhafter Firmen ist im Verlaufe der letzten Zeit eingegangen. Viele kleinere Betriebe beschäftigen seit geraumer Zeit keine Sattler mehr. Unter diesen Umständen hat sich die Mitgliederzahl im Arbeitgeberverband der Ledertreibriemenindustrie erheblich gelichtet, so daß diesmal die Frage aufsteht, ob es überhaupt zu einem Reichstarif kommen wird. Wie die Dinge sich bei den Arbeitgebern entwickelt haben, zeigt ein Referat ihres Syndikus Dr. Merrens, das in Nr. 22 des Organs der Treibriemenfabrikanten gebracht ist und dem wir nachstehendes entnehmen:

„Am morgigen Tage werden wir in Berlin mit den Vertretern der Gewerkschaft zusammentreffen, um über die Frage des Neuaufschlusses des Manteltarifs, den wir seit 1919 in unserer Industrie haben, zu verhandeln, der eigentlich schon bei Ablauf des alten Tarifs im Laufe des Monats September zum Abschluß hätte kommen sollen. Wir waren aber nicht in der Lage, diese Verhandlungen zu führen, weil wir noch gar nicht wußten, ob der Verband überhaupt die Möglichkeit hat, über den 1. Januar 1932 hinaus den Arbeitgeberverband, den Träger des Reichsmanteltarifs auf Arbeitgeberseite, zu finanzieren. So weit ist es mit uns gekommen, daß wir selbst für diese vitalen Einrichtungen kein Geld mehr haben. Man kann über den Zweck eines Manteltarifs denken wie man will, doch möchte ich, ohne ihnen vorzugreifen, sagen, daß nach allem, was seit dem Ende des unglücklichen Krieges in sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Beziehung in Deutschland und in der ganzen Welt sich ereignet hat, der Tarifgedanke nicht mehr zu beilegen ist. Ebenso wie die Auswirkung der französischen Revolution für die gesamte Kulturwelt oder aber die fortschrittlichen Einrichtungen einer Verwaltungsreform durch Stein-Hardenberg für Preußen-Deutschland nach dem verlorenen napoleonischen Kriege sich in der ganzen späteren Geistesbildung und kulturellen Entwicklung der Völker verankert haben, ebenso wird die grundlegende sozial- und wirtschaftspolitische Umgestaltung, die sich nach dem Kriege besonders in Deutschland vollzogen hat, sich auch dann nicht wieder beilegen lassen, wenn unsere Wirtschaft noch weiter zusammenschrumpft und die Armut des deutschen Volkes sich noch steigert. Der

Tarifgedanke ist einmal da, und auch wenn die gesetzlichen Bestimmungen durch Parteierhebungen sich vielleicht lockern oder ganz beseitigt werden, so werden wir in diesen sozialpolitischen Fragen immer mit den Gewerkschaften zu verhandeln haben. Infolgedessen müssen auf der Gegenseite Verhandlungspartner da sein, die durch die Arbeitgeberverbände entweder sachlich oder regional im Laufe der Zeit sich herausgebildet haben. Im Gegenteil wird hierdurch den Arbeitgebern die Verantwortung für viele Maßnahmen auf lohn- und wirtschaftspolitischem Gebiet dadurch erleichtert, daß eben die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Verhandlungspartner über alle diese Fragen mit uns beraten, mit uns eine tragfähige Bindung und damit auch die Verantwortung für alles das, was geschieht ist, mit übernehmen.“

Den Umschwung in der Auffassung, der in den letzten Jahren in Arbeitgeberkreisen vor sich gegangen ist, kann man dabei ohne weiteres heraus hören. Trotzdem ist die Lage in ihrem Verband so, daß ihre Vertreter bei der Verhandlung am 12. November in Berlin von vornherein erklärten, ihre Mitglieder würden unter keinen Umständen einem Vertrag zustimmen, der wiederum die Berufsrenten verantwort hätte. Sie hätten auch keinen Auftrag und wären zur Ohnmacht verurteilt, wenn die Berufsrenten im Vertrag wiederum Eingang finden würden. Auch einen Schiedspruch würden sie nicht hinnehmen können. Man müßte sich dann damit begnügen, den zur Zeit bestehenden Vertrag bis Ende des Jahres laufen zu lassen, um ab Januar 1932 ohne Tarif zu sein. An ihrer Forderung der Betriebsferien müßten sie festhalten und diese müssen so angenommen werden, wie sie formuliert sind:

„Jedem Arbeitnehmer werden folgende Ferien gewährt: Nach Vollendung des 1. und 2. Betriebsjahres 3 Arbeitstage, nach Vollendung des 3. und 4. Betriebsjahres 4 Arbeitstage, nach Vollendung des 5. und 6. Betriebsjahres 5 Arbeitstage, über 6 Betriebsjahre 6 Arbeitstage. Der Berechnung der für jeden Arbeitstag zu vergütenden Stundenzahl wird die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit des betreffenden Arbeitnehmers seit letzten letzten Ferien, jedoch nicht über 8 Stunden pro Tag zugrunde gelegt.“

Ferner begründen die Arbeitgeber die Einschränkung der Ferien damit, daß das ganze Jahr in der Ledertreibriemenindustrie die Kurzarbeit vorherrscht und ihnen nicht zumuten sei, daß in der Zeit, wo die Industrie vollständig daneberliegt, die bisherigen Ferien beibehalten werden. Sie hätten nur Mandat, wenn die Betriebsferien im neuen Vertrag aufgenommen würden. Um den Vertrag nicht

scheitern zu lassen, wurde nach schwieriger Verhandlung folgende Fassung erzielt:

Nach Vollendung des 1. Betriebsjahres 3 Arbeitstage, des 2. Betriebsjahres 3 Arbeitstage, des 3. Betriebsjahres 4 Arbeitstage, des 4. Betriebsjahres 4 Arbeitstage, des 5. Betriebsjahres 5 Arbeitstage, des 6. Betriebsjahres 5 Arbeitstage. Arbeitnehmer, die über 9 Monate im Betrieb tätig waren und noch keine Ferien erhalten haben, sollen, wenn sie wegen Arbeitsmangel entlassen werden, die Ferien erhalten.

Nicht als Unterbrechung der Beschäftigungsdauer im Betrieb gilt Krankheit oder Arbeitslosigkeit, auch in fremden Berufen, bis zu einem halben Jahre."

Wesentlich war für uns die Frage der 40stündigen Arbeitszeit, die angesichts der Gesamterhältnisse in der Lebertreibwarenindustrie ebenfalls dringend zur Einführung gelangen muß. Die Arbeitgeber haben aber auch hinsichtlich der 40-Stunden-Woche erklärt, daß daran gleichfalls ihre Organisation scheitern würde, wenn diese im Vertrag aufgenommen werden sollte. Der Vertrag selbst könnte dann nicht realisiert werden, weil die Flucht aus ihren Reihen den Verband so schwächen würde, daß er nicht mehr der Repräsentant für die Arbeitgeber und somit nicht als Träger des Reichstarifes in Betracht käme. An und für sich sei durch die große Kurzarbeit die 40-Stunden-Woche ja gegeben, in den meisten Betrieben würde seit geraumer Zeit sogar noch viel kürzer gearbeitet. Mit einer gesetzlichen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit würde und müsse man sich abfinden.

Ferner lagen verschiedene Abänderungen von Arbeitsverträge vor, die gleichfalls eine materielle Änderung einzelner Tarifbestimmungen bedeuteten und die hartnäckig von ihnen vertreten wurden. Nachdem untererlebens energig gegen Einspruch erhoben wurde, tagte anschließend an die Verhandlung das Reichstarifikamt. Dieses machte zu den übrigen gebliebenen kritischen Punkten einstimmig folgenden Vorschlag:

Die Abänderungsvorschläge zu § 1 bleiben unberücksichtigt und bleibt es bei der bisherigen Fassung.

§ 2 Ziffer 1 Abs. 1 wird ergänzt:

„Abweichende Regelung ist in Verbindung mit dem Betriebsrat in den Fällen zulässig, in denen Arbeiter im Bereitschaftsdienst beschäftigt werden (Wächter, Heizer, Chauffeurs).“

In § 4 Ziffer 1 Abs. 7 wird der vorstehende Satz durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Reisezeit zwischen 22 und 6 Uhr sowie am Sonntag wird mit einem Zuschlag von 25 Prozent vergütet.“

Reisezeit zwischen 6 Uhr und 22 Uhr gilt als normale Arbeitszeit.“

§ 4 erhält unter Ziffer 9 folgende Bestimmung als Zusatz:

„Wird ein Arbeiter entlassen oder nimmt er seine Entlassung, so hat er etwaige Ansprüche auf Lohn und Vergütung jeder Art spätestens einen Monat nach seinem Ausscheiden geltend zu machen, widrigenfalls keine Ansprüche als ersuchen gelten.“

Der alte Tarifvertrag vom 29. September 1930 gilt weiter bis zum 30. November 1931.

Der neue Tarifvertrag in der Fassung vom 12. November 1931 gilt vom 1. Dezember 1931 bis 31. Dezember 1932.

Ferner erhält der § 8 Abs. 2 folgende Fassung:

„Wird der Vertrag nicht drei Monate vor Ablauf der Frist von einem Kontrahenten mittels eingeschriebenen Briefes gekündigt, so läuft er stillschweigend jeweils ein Jahr weiter.“

Zur Geschäftsordnung wird auf Seite 13 die Ziffer 3 künftighin lauten:

„Die Wahl des unparteilichen Vorsitzenden erfolgt durch die Vertragsparteien. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Schlichter von Groß-Berlin über die Person des unparteilichen Vorsitzenden endgültig.“

Im übrigen bleibt der Vertrag in seiner bisherigen Fassung bestehen.

Sofort nach Neudruck werden wir den interessierten Orten die nötigen Exemplare zuweisen.

Außerdem wurden einige Differenzen, welche sich in letzter Zeit ergaben, im Tarifikamt behandelt und der jeweilige Fall entsprechend erledigt.

Nazi und Tarifvertrag.

Die „Rote Fahne“ hatte in einem Bericht über den Vortrag des nationalsozialistischen Wirtschaftsreferenten Funk (des früheren Rektors der ergreantionären „Berliner Börsenzeitung“) im Herrentklub zu Berlin heftige Angriffe gegen die NSDAP wegen ihrer Stellungnahme zum Tarifrecht gerichtet.

In Nr. 206 vom 13. November 1931 druckt nun die „Rote Fahne“ eine Berichtigung Funkts ab, die die ursprüngliche Mitteilung der „Roten Fahne“ bestätigt. In Absatz 3 dieser Berichtigung heißt es:

„Unwahr ist, daß Herr Funk gesagt hat: „Wir, die Nationalsozialisten, haben die Absicht, das marxistische System der Tariflöhne zu zerbrechen.“

Wahr ist, daß Herr Funk gesagt hat: „Wir werden das marxistische Lohn- und Tariffsystem völlig beseitigen, das den Ertrag der Wirtschaft vermindert.“

Die nationalsozialistische Tariffindigkeit wird hiermit wieder von einem führenden Nationalsozialisten offen zugegeben.

Fortschreitender Rückgang auf dem Baumarkt.

Die in den Sommermonaten hereingebrochenen Kreditwierigkeiten haben dazu geführt, daß seit Mitte des Jahres nur noch wenig Neubauten in Angriff genommen wurden. Nach dem Umfang der Bautätigkeit in den Sommer- und Herbstmonaten zu schließen, dürfte der Wert der baugewerblichen Produktion, der in den Jahren 1928 und 1929 annähernd 9 Milliarden Mark betrug, für das Jahr 1931 nicht mehr als 4,5 bis höchstens 5 Milliarden Mark erreichen. Damit ist der tiefste Stand seit 1924 erreicht. Die Beschäftigung der Bauarbeiter ist ebenfalls erheblich niedriger als in den Vorjahren und stand Ende Oktober 1931 nur noch etwa 29 vor je hundert Organisierten Bauarbeitern in Arbeit. Selbstverständlich trägt diese Lähmung des gesamten Baumarkts ihre Auswirkungen auch auf die Bau- nebenberufe aus.

Hypothekenaufwertung.

Etwa ein Viertel der gesamten Hypothekenschuldung in Deutschland entfällt auf Aufwertungshypotheken. Beteiligt daran ist die Landwirtschaft mit 1,8 bis 2,0 Milliarden Mark und der städtische Grundbesitz mit 5,4 bis 6,0 Milliarden Mark. Die Fälligkeit der Aufwertungsverpflichtungen war ursprünglich auf den 1. Januar 1932 festgelegt worden. Nach dem Geleg vom 18. Juli 1930 hatten die Schuldner die Möglichkeit, innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Kündigung bei der Aufwertungstelle eine Zahlungsfrist zu beantragen und wurde in vielen Fällen die Fälligkeit der Aufwertungshypotheken auf einen späteren Termin festgelegt. Ein großer Teil der Schuldner hat keine Verlängerung der Zahlungsfristen beantragt, da sie angesichts der allmählichen Entlastung der Kapitalmarktlage in den ersten Monaten des Jahres 1931 hofften, die Mittel zur Ablösung der Aufwertungshypotheken sich vom Kapitalmarkt beschaffen zu können. Diese Hoffnung ist durch die eingetretenen Kreditwierigkeiten zunichte gemacht worden. Die Notverordnung hat nunmehr den Schuldnern die Möglichkeit gegeben, bis Ende November bei den Aufwertungstellen die fernerzeit verläumten Einträge auf Bewilligung einer späteren Zahlungsfrist nachzuholen. Es ist damit zu rechnen, daß der größte Teil der Aufwertungshypotheken zu höheren Zinssätzen verlängert und erst allmählich abgedeckt werden wird. Für die Industrieobligationen ist ebenfalls eine Stundung der fälligen Kapitalbeträge bis längstens 31. Dezember 1934 möglich, falls die zur Rückzahlung benötigten Mittel nicht ohne Gefährdung des laufenden Betriebs aufgebracht werden können. Inbes dürfen die Schuldner während der Dauer der Stundung keine Gewinne verteilen.

Im Heute wandelt das Morgen!

„Wie sich der Sonne Scheinbild in dem Dunstkreis malt, ehe sie kommt, so schreiten auch“, sagt Schiller, „den großen Geschicken ihre Geister schon voraus. Und in dem Heute wandelt schon das Morgen.“

Wir müssen die Welt mit den Augen des Morgen betrachten. Was war und ist, das ist ein Tag der Geschichte. Und der andere, der neue und freie, kommt, weil er sich schon im Heute fündet.

Was ein Goethe erlebte im Ausklang des „Faust“ von Menichemum und Gemeinderang, was ein Schiller an Freiheit dichtend besang, was ein Beethoven an Menschenherrlichkeit zum künstlerischen Erlebnis machte: Scheinbild der steigenden Sonne der Geschichte, Strahlen des Dunstkreises, ehe sie kommt.

Und du kannst nicht verzweifeln, denn das Gute ist. Da fündet es sich in den Denkern und Künstlern. Da in den Massen, denen solch Großes zum kongenialen Erlebnis wird.

Der Mensch will. Der Mensch schreiet. Starker als alle alten Formen ist dieser Mensch!

Dr. G. H.

Wie Künstler und Handwerker arbeiten.

Von Karl Mißlich.

In einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit sich zu einer Hauptfrage der Menschheit ausgewachsen hat, mag man gern einmal über ihren Gegenstand, über die praktische Arbeit, nachdenken. Es ist keine jahrelange Beobachtung der Werkstätten und Arbeitsplätze erforderlich, um zu wissen, daß die Leistungen der einzelnen Arbeiter in weiten Grenzen schwanken. Da Geschicklichkeit gleichbedeutend mit Handfertigkeit ist, muß sich dies in der Zeitdauer auswirken. Nur in Ausnahmefällen benötigt der geschickte Arbeiter die allgemein übliche Zeit. Die Akkorarbeit ist meist nach den Leistungen der besten Arbeitskräfte bemessen und hat infolgedessen die höchste Anstrengung des Durchschnittsarbeiters zur Voraussetzung, nur

jahrelange Übung und persönliche Geschicklichkeit erreichen schließlich jede Tätigkeit.

In der Septemberausgabe der „Gartenlaube“ erscheint ein Aufsatz von Herbert Eulenberg mit der Ueberschrift: „Wie Künstler arbeiten“. Hier wird der Handwerker unwillkürlich daran erinnert, daß die Eigenartigkeiten der berühmt gewordenen Künstler in gewissen Grenzen auch auf die talentierten Facharbeiter zutreffen. Eulenberg erzählt unter anderem, wie Louis Corinth ein Porträt in zwei bis drei Stunden zusammenstellte, wie er sich ausdrückte. Selbst hingegen pinselte und strichelte äußerst langsam und soll an dem Halsstuch einer Dachauer Bäuerin einmal ein halbes Jahr herumgemalt haben, was den rascheren Böcklin, als er davon hörte, zu der Bemerkung veranlaßte: „Wuß das ein fader, langweiliger Kerl gewesen sein.“

Von den sogenannten Gewaltleistungen einzelner Facharbeiter habe ich aus der Erfahrung eine so klare Vorstellung, daß ohne jede Uebertreibung gesagt werden kann, daß sie zu einzelnen Arbeiten nur die Hälfte der im Durchschnitt erforderlichen Zeit benötigt haben. Ich will aber keine Eindrücke formen, die falsch ausgelegt werden könnten. Bei den Tarifberatungen könnten solche Leistungen niemals als Richtschnur gelten, denn die Uebertreibung hat oft eine Erhöhung zur Folge, die mitunter tagelang nachwirkt. Im Schlussabschnitt wird auch Eulenberg die Frage auf, wie lange ein künstlerisch schaffender Mensch am Tage arbeiten kann. Er macht hierauf die Feststellung, daß das gar nicht lange sein kann. Leute, die den Achttundentag für eine zu kurze Arbeitszeit halten, würden erstaunt sein, wenn sie hörten, daß die meisten Künstler, selbst die fleißigsten unter ihnen, in der Regel nicht länger als drei, höchstens vier Stunden am Tage wirklich tätig und hervorbringend sein können. Viele sinken nach solch einer Spanne angeforderter Arbeit aus geradem um und fallen erschöpft gleich in einen tiefen Schlaf, wie von Lenbach erzählt wird, der oftmals nach einer angespannten Sitzung vor den Augen seiner Opfer ermattet über seinem Bild eingeschummert sein soll.

Auch Hebbel sagt einmal in seinem Tagebuch, daß ihn bei der Vollendung einer dramatischen Arbeit über den letzten Szenen ein todähnliche Müdigkeit ergriffen habe.

Bitte noch zu erwähnen, ob die Arbeit an sich ein Vergnügen oder ein Fluch sei, wie sie in der Bibel als Strafe für den Sündenfall bezeichnet wird. Aus dem Vorangegangenen ergibt sich die Antwort ohne weiteres. So wie vielen Künstlern ihr Werk zu einer heißen Freude gereicht und ihnen höchste Genugtuung verschafft, finden auch die talentierten Arbeiter in ihren Arbeiten ein hohe Befriedigung. Die Arbeitsfreude wird leider bei vielen Objekten durch die damit verknüpften Schereeren, durch Mängel der Werkstoffe, durch unsinnige Anforderungen der Kunden und dergleichen verleidet. Einigen, es kann wohl gesagt werden, nicht immer den schlechtesten Arbeitern, wird das Schaffen zur Qual und mancher veripürt bei dem, was er hervorbringt, schmerzliche die Unzulänglichkeit des Gewordenen gegen das, was ihm vorgeschwebt hatte. Auch hier läßt sich beim Handwerkergebnis das gleiche beobachten wie bei den Künstlern. Der Dichter Lasso kauf seine Verse unter Qualen. Das gleiche empfand ein preußischer König bei seinem Malerbesuch, und konnte trotzdem nicht aufhören. Verbiete bu dem Seidenwurm zu spinnen. Auch der Volksmund nennt die Arbeit durchaus abwechselnd etwas Süßes oder etwas Naderdrückliches. Der bekannte Einspruch „Arbeit macht das Leben süß“ wird fast nie ohne den Nachsatz „Ruhe läßt die Glieder“ ausgesprochen. Fast vergessen ist der alte Sassenhauer „Solang der Bauch in die Weste paßt, wird keine Arbeit angefaßt“.

Angesichts der großen Arbeitslosigkeit, wie wir sie heute durchleben müssen, wird sicher jeder den Tag begrüßen, an dem die Arbeit wieder in vollem Maße einfließen kann. denn hier spielt die Frage mehr oder weniger talentiert keine Rolle; alle, die gewillt und befähigt sind zu arbeiten, werden die gewährte Unterstützung gern vermessen und dem neu aufspringenden Fahrrad zuzubeln: „Und Neolus (König der Winde) löst das lustige Band“.

Die Schwarzarbeit ist an allem schuld.

Zu dem Artikel „Kann ein kleiner Meister Mitglied unseres Verbandes sein?“ paßt zur Beschreibung folgender Vorgang, der in der Branchenverlammlung der Tapezierer in Dresden behandelt wurde.

Uns ging am 3. November 1931 folgender Brief zu:

Tapezierer- und Dekorateur-Zwangs-Innung zu Dresden. Dresden, den 3. November 1931.

An den Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeulien-Verband, zu Händen des Herrn Robert Böhme, Dresden, Schützenplatz 16.

Um den gegenwärtigen Pfluscharbeiten etwas Einhalt zu geben, hat unsere Innung einen bereits bestehenden Pfluschausschuß ernannt. Wir bitten Sie, hiervon Kenntnis zu nehmen und uns bekannte Fälle unter genauer Tatsachenangabe schriftlich mitzuteilen. Wir eruchen Sie um Ihre Mitarbeit, um somit dem Pfluschwesen in unserem Beruf beizukommen. Es soll auch ein Verbot sein, in Ihren Reihen einen Teil der Arbeitslosigkeit zu heben.

Gleichzeitig teilen wir Ihnen mit, daß ein Innungsbeschuß vorliegt, durch den beim Pflusch angetroffene Gehilfen zeitweilig auf längere Zeit nicht wieder eingestellt werden.

Schachtlungsamt

Wilhelm Claus, 1. Oberrmeister.

So wie für die meisten rechtsstehenden Politiker an allem Schlechten in Deutschland der „Marxismus“ schuld sein soll, so ist an allem Berufselend für viele Innungsmitglieder die Schwarzarbeit der Gehilfen schuld. Wer hat eigentlich alle die Leute ausgebildet, die berufener- oder unberufenerweise auf unser Handwerk losgelassen werden? Dürfen wir Gehilfen uns nur noch ausbilden lassen, um stempeln zu gehen und dann den Strick zu nehmen?

Wenn sich die Zeiten so katastrophal entwickeln, daß nur noch für so wenige Gehilfen Arbeit vorhanden ist, dann bleibt doch schließlich nur Gelegenheitsarbeit oder der Gewerbebescheinigung. Was andere können, können doch schließlich auch unsere Verbandskollegen noch. Man wundert sich ja überhaupt, wie Nichtfachleute Betriebe aufmachen, die zwar nur in Quantitäten, aber doch immer noch Geschäfte machen. Wir haben jetzt auch in Dresden so einen Exportbetrieb, wo für wenig Lohn sehr viel produziert werden muß. In diesem Betriebe arbeiten jetzt über 30 Personen.

Die neue Zeit erfordert neue Formen, neue Muster, neue Arbeitsmethoden. Durch den Warenmangel, durch den Siebungsdruck bricht sich etwas Neues Bahn. Das Handwerk wird verdrängt, wird an die Wand gequert. Unter den Verhältnissen greift mancher zur Schwarzarbeit; er greift dort zu, wo ihm noch eine Lebensmöglichkeit winkt. In diesen Wirrwarr durch eine Pfluschkommission Ordnung bringen zu wollen, ist vermessene. Wenn in allen früheren Jahrzehnten, wo doch die Verhältnisse noch viel besser lagen, die Pfluscharbeit nicht abgeschafft werden konnte, ist es doch bei den heutigen Verhältnissen unmöglich, durch noch so draconische Maßnahmen diesem Uebel beizukommen. Gibt es überhaupt noch Rettung aus dem Elend? Jedenfalls solange diese Weltkrise dauert, nicht. Weicht die Krise, werden auch manche Schäden im Gewerbe abklingen, aber verschwinden wird das Elend im Beruf nicht.

Es könnte Besessenes gebessert werden durch Förderung des Tarifvertragsbankens. Es muß mal unterkühlt werden, warum wir im Tapeziererberuf mit zentralen Tarifen nicht weiterkommen, warum bei uns alles Stückwerk ist. Doch sicher durch die Schuld der Tapeziererinnungen. Die Mitglieder der Innungen leben in veralteten Vorstellungen; der Brief der Dresdener Innung ist so ein Stück von vorgestern. Die Schwarzarbeit ist doch nur die äußere Erscheinung für die schlechten Berufsverhältnisse. Durch ein modernes Vertragslosten, das wirklich auf die bestehenden Berufsverhältnisse Rücksicht nimmt, könnte vieles gebessert werden.

Die Verlammlung der Tapeziererbranche faßte am 17. November folgende Entschlieung:

Die Gehilfen nehmen den Brief der Tapeziererzwangsinnung vom 3. November 1931 zur Kenntnis. Wir erklären dazu:

Wenn die Schwarzarbeit im Beruf sich so weit ausgewachsen haben sollte, daß die Tapeziererinnung eine besondere Pfluschkommission einsetzen muß, daß die Innung Beschlüsse fassen zu müssen glaubt, wonach jeder bei Schwarzarbeit angetroffene Gehilfe sofort entlassen und auf längere Zeit gesperrt werden, also auf eine schwarze Liste gesetzt werden soll, so erklären wir, daß an diesen Zuständen die Arbeitgeber im Tapeziererberuf selbst die größte Schuld tragen.

Die Schuld der Tapezierermeister liegt in einer zu großen Behringshaltung; es sind jahrzehntlang zu viel Gehilfen herangebildet, für die keine Arbeitsmöglichkeiten beschafft werden können. Die Behringshaltung müßte jahrelang verboten werden, um nur einen kleinen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen.

Die Schuld der Meister liegt in einer zu langen Ausnutzung des Arbeitstages; für viele Meister wäre der gelegliche Achtstundentag an Plage.

Die Schuld der Meister liegt in der Nichtbenutzung der Arbeitsämter; es werden Gehilfen verborgt; ein großer Teil der Gehilfen kommt das ganze Jahr nicht zum Arbeiten, da auch viele Meister sich untereinander helfen.

Die Schuld liegt weiter daran, daß den Schuldernbetrieben nicht genügend entgegengearbeitet werden kann. Dem Tarifvertragsgedanken muß im Tapezierergewerbe noch besser zum Durchbruch verholfen werden.

Eine wesentliche Hilfe würde die Bereinbarung der 40-Stunden-Woche bedeuten, die vorhandene Arbeit würde sich auf mehr Hände verteilen, auch müßten anständige Löhne gezahlt werden.

Wir empfehlen daher dem Pfluschausschuß der Innung, einmal ganze Arbeit zu machen und nach Abhilfe Umschau zu halten.

Wir stellen uns gern zur Mitarbeit zur Verfügung, sonst bleibt die Arbeit des Ausschusses nur Pfluscharbeit an der Verbesserung des Gewerbes.

Manche Kollegen wünscheten eine schärfere Entschlieung, aber man müßte ganze Zeitungen vollschreiben über die Verhältnisse im Beruf. Die Lage ist so, daß es fast jedem widerstrebt, darüber noch ein Wort zu verlieren. Man läßt die Sache wie ein stiller Dunder vorübergehen. Unsere Kollegen schweigen und dulden unerhört.

Wen wollen denn die Innungsmeister noch entlassen, wenn viele niemand mehr zu entlassen haben?

Es ist tatsächlich mehr: Von den etwa 100 noch in Arbeit stehenden Kollegen arbeiten nur noch 12, etwa ein Dutzend, bei den richtigen Meistern, alle anderen arbeiten in Industriebetrieben, in Warenhäusern, Postergroßbetrieben, in Magazinen usw.

Ein Kollege berichtete von Stundenlosharbeit von Meistern von 1 Mk.; da kann kein Warenhaus gegen an. Unsere Kollegen können auch im allgemeinen an die niedrigen Preise der kleinen Meister nicht heran, die ja alle, um das Leben zu fristen, zu jedem Preis arbeiten.

Die Verlammlung war sehr gut besucht, ein Zeichen des Interesses der Kollegen an Berufsfragen.

A. Lippold.

Wie sich die Banken für ihre Verluste schadlos halten.

In den großen Konzernen erleiden die Banken gewaltige Verluste. Die ihnen gewährten Kredite, die sich zum großen Teil als Kapitalfremdungen herausstellen, sind eingefroren und können nicht rückgezahlt werden. Hinzu kommen die Konzernverluste, die aus den schwindelhaften Manipulationen der Konzernleiter entstehen und von den Banken, obwohl sie in den Aufsichtsräten der betreffenden Konzerne sitzen, nicht verhindert wurden, ja denen von den Banken vielfach Vorschub geleistet wurde. Siehe die Fälle bei Savag, Nordwolle, Schultheiß-Papenhofer! Die Banken müssen sich, um den Ansprüchen der Besitzer von Bankguthaben zu genügen, klugig halten. Je mehr Kredite bei ihnen eingefroren sind und je mehr sie für die Konzernverluste einspringen müssen, um so mehr müssen sie sich neuer Kreditgewährungen enthalten, um ihre Mittel nicht allzulehr festzulegen. So gehen jene Kapitalfremdungen und betrügerischen Konzernverluste auf Kosten der gefunden Unternehmungen, die ihren normalen Kreditbedarf nicht befriedigen können. Die Reichsbank selbst ist nicht in der Lage, die Kreditgewährung ins Unbegrenzte zu erweitern, und je größere Summen sie den Banken zur Stützung von Großkonzernen zur Verfügung stellt, um so weniger kommt auf andere Kreditnehmer. Für ihre Verluste wollen sich die Banken außerdem durch die Berechnung enormer Zinsen an die Kreditnehmer schadlos halten. Die Großbanken, die hinsichtlich ihrer Kreditbedingungen in einem Kartell zusammengeschlossen sind, berechnen zurzeit unter Einrechnung der Provision Zinsen, die sich mindestens auf 12½ bis 14½ Proz. belaufen. Die reine Zinsbelastung beträgt zurzeit wenigstens 4½ bis 6½ Proz. über Reichsbankdiskont, der gegenwärtig mit 8 Proz. an sich schon außerordentlich hoch ist. Den Einlegern vergüten die Banken dagegen nur 5 oder 6 Proz., so daß die Spanne zwischen Soll- und Haben-Zinsen zugunsten der Banken 6½ bis 9½ Proz. beträgt. Sozial verdienen die Banken an ihren Krediten. Die Berechtigung für diese gewaltigen Gewinne teilen die Banken davon ab, daß sie auf diese Weise ihre Verluste, die sie bei den Großkonzernen erleiden, abdecken müssen, außerdem mit dem Verlustrisiko, das heute mit der Kreditgewährung verknüpft ist. Damit nicht genug, möchten die Banken noch ihre Gebühren für verschiedene Dienstleistungen, die sie ihren Kunden bankmäßig besorgen, stark erhöhen oder für bisher

kostenfrei durchgeführte Dienstleistungen Gebühren erheben. Ob nun die gefunden Unternehmungen infolge jener Konzernverluste, für die jetzt die Großbanken einspringen müssen, überhaupt keinen Kredit erhalten oder aber nur gegen unerträglich hohe Zinsen, in beiden Fällen ist ihre Betriebsführung und ihre Rentabilität gefährdet. Um so energischer stellen sie sich in die Einheitsfront der Unternehmer, die nach Lohnabbau und nach Abbau der Sozialpolitik schreit. Da sie gegenüber den Banken machtlos sind, möchten auch sie die Kreditrisse auf dem Rücken der Arbeiterkassat ausstragen.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Kiel. Am Sonnabend, dem 28. November, begeht die Ortsverwaltung unseres Verbandes ihre Jubilärfestfeier. Neunzehn Jubilare feiern in diesem Jahre ihre jahrzehntelange Verbandszugehörigkeit. In einer Zeit, wo eigentlich keine Stunde mehr zum Feste feiern übrig ist, hat sich der Ortsverwaltungsverstand trotzdem zu einer Jubilärfestfeier entschlossen, um neben den Jubilaren auch die Verbandskollegen mit ihren Angehörigen zu einigen Stunden der Bestimmung aus dem grauen Alltag zusammenzuführen. Hinbildend auf die Jubilare, die seit Jahrzehnten Mitglied unserer Berufsorganisation sind, werden die jungen Kollegen mit den Alten neue Pläne schmieden, um diese Notzeit gemeinsam zu überwinden.

Folgende Kollegen sind jetzt vielen Jahren Mitglied unserer Verbandes:

- Richard Krüger seit 37 Jahren, Frh. G. R. seit 36 Jahren, Oswald Kerber seit 35 Jahren, Paul Köpfer, Franz Martin, Ludwig Döhlirchner und Johannes Stender seit 31 Jahren, Eduard Fahn und Johannes Greer seit 30 Jahren, Karl Burdorf und August Coos seit 29 Jahren, Albert Spittler seit 28 Jahren, Amandus Bod und Franz Müller seit 26 Jahren, Max Naumann, Karl Ogen, Gustav Rehan, Franz Müller und Friedrich Cordes seit 25 Jahren.

Die Ortsverwaltung dankt den Jubilaren auch an dieser Stelle für die Treue, die sie der Berufsorganisation in den vergangenen Jahrzehnten bewahrt. Wir hoffen, daß sie noch recht lange mit den jüngeren Kollegen in den Reihen der freien Gewerkschaftsbewegung rührige Mitstreiter sind.

Halle a. d. S. Am 31. Oktober tagte unsere Verammlung im Gewerkschaftshaus. Gauleiter Buch hielt einen Vortrag über den Kampf gegen die Sozialversicherung. Er sagte unter anderem, daß international ein scharfer Kampf gegen den Sozialismus eingeleitet hat. Die Urheber dieser Hege sitzen in Deutschland. Das Kapital ist in eine Sackgasse geraten. Die Zusammenbruch von Nordwolle, Danabank und zuletzt Schultheiß-Papenhofer beweisen, daß der Kapitalismus seinem Ende entgegengeht. Mit D-Zuggeschwindigkeit überstürzen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse. Alle Fehlschläge des Kapitals versucht man auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Durch die Betragszahlung zu der Sozialversicherung und die hohen Löhne, welche die Unternehmer bezahlen müssen, durch das Wirken der Gewerkschaften wären die Produktionskosten nach Ansicht der Unternehmer zu hoch getrieben. Diese Ansicht ist falsch; denn durch die Einführung technisch hochpotkommener Maschinen, durch die Teilarbeit und durch die Umstellung der Arbeitskräfte in den Betrieben sind die oben angeführten V-gaben um ein Vielfaches ersetzt. Schuld an dem Elend ist der Weltkrieg, die Heberationalisierung und das fehlerhafte Kreditssystem. Weiter kam er auf die vierzigstundentage zu sprechen. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, jetzt zum Verbands in dieser kritischen Zeit zu stehen.

Die Diskussion setzte rege ein. Kollege Wirrmann sprach von dem Kampf, die die Unternehmer gegen den Sozialismus führen. Er weist auf den Rückgang der Stimmen der SPD. bei den Wahlen, auf die Notverordnungen und die 40-Stunden-Woche hin. Kollege Stein spricht sich gegen das Schlichtungswesen und den Lohnabbau aus. Kollege Serb legt das Unabänderliche in dem Verhalten der Gewerkschaften klar. Oftmals liegt es an dem Verhalten der Kollegen selbst, wenn sie sich alles vom Unternehmer gefallen lassen. Statt in der Gewerkschaft mitzuwirken, vertreten sie andere Interessen. Aufklärung muß geschaffen werden und bessere Mitwirkung der Arbeiter in den Gewerkschaften und politischen Parteien, die auf dem Boden des Sozialismus stehen. Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu der Regierung Brüning, die Haltung der Gewerkschaften in den Fragen des Lohnabbaues usw. ist alles zwangsläufig. Schuld sind daran die Proletarier, die zu Millionen den bürgerlichen Parteien nachlaufen und ihre eigenen Interessen dadurch verraten. Die Arbeiterkassat hat ihre Tradition, letzten

Streiks und Lohnbewegungen.

Tapezierer.

Frankfurt a. M. Durch Schiedspruch der Tarifschlichtungskommission wurde für die Stapelindustrie zu Frankfurt a. M. ein neues Lohnabkommen abgeschlossen. Der Lohn gilt vom 30. Oktober 1931 bis zum 29. Februar 1932.

Görlitz. Durch Vereinbarung wurde der Tariflohn auf 0,85 M. festgelegt. Das Abkommen läuft vom 18. November 1931 bis zum 31. Januar 1932.

Kiel. Ein neuer Lohnvertrag wurde abgeschlossen für die Zeit vom 30. Oktober 1931 bis zum 31. Dezember 1931. Der Tariflohn beträgt 0,99 M.

Fahrzeugbranche.

Breslau. Der Streik in der Waggonfabrik Linkshofmann-Busch ist beendet.

Handwerkstaktler.

Treilhaft Sachsen. Am 17. November fanden mit dem Landesverband der Sattlermeister die Lohnverhandlungen statt. Die Meister verlangten Lohnabbau von 0,96 M. auf 0,90 M. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde vereinbart, das alte Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1931 unverändert zu verlängern.

Endes wird der Sozialismus zur Durchführung kommen.

Kollege Busch berichtet über die Lohnbewegungen in der Lederwarenindustrie im Bezirk Magdeburg-Halle. Kollege Flach teilt mit, daß das Lohnabkommen der Tapezierer in Halle ab 2. November geändert sei und 5 Pf. Lohnabbau pro Stunde in Frage kommt. In der halleischen Metallindustrie sei ebenfalls eine neue Lohnregelung im Gange. Kollege Quatfinke macht auf die Behringausstellung im Volkspark aufmerksam und gibt die Jugendtreffen bekannt. Die gut besuchte Versammlung bewies trotz wirtschaftlicher Nöte allen Kollegen den Wert gewerkschaftlichen Zusammenhaltens. Anwesend waren 50 Kollegen. **Winarsti.**

Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt.

Zum sechsten Male veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt ihre Weihnachtslotterie. Nicht um an die Leidenschaft des Spiels zu appellieren, sondern als Mittel zum Zweck, da die Arbeiterwohlfahrt zur Erfüllung der gestellten Aufgabe in ausreichender Weise mit eigenen Mitteln Hilfe bringen muß. Zwar vermag sich keine der großen bürgerlichen Wohlfahrtsorganisationen mit dem gut eingeführten Organisationsapparat und der großen Zahl tatbereiter Helfer der Arbeiterwohlfahrt zu messen, aber bei der Aufbringung der erforderlichen Mittel haben sie alle doch geringere Schwierigkeiten zu überwinden. Warum es so ist, bedarf keiner besonderen Darlegungen. Der Hinweis auf kleinen Sachverhalt erklärt genügend, daß die Arbeiterwohlfahrt allein auf diesen Weg, der auch von den anderen Wohlfahrtsorganisationen in Anspruch genommen wird, nicht verzichten kann. Wie das gesamte Streben und jede einzelne Tat der Arbeiterwohlfahrt, so verdient auch die Lotterie die emsigste Unterstützung aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Wir erinnern unsere Freunde nur an eine Pflicht, wenn wir sie auffordern, sich allerorts für ein gutes Ergebnis der Lotterie einzusetzen.

Rundschau

Der Außenhandel im Monat Oktober hat einen Ausfuhrüberschuß von 383 Millionen Mark (im September 363 Millionen Mark) und unter Berücksichtigung der 13 Millionen Mark Reparationsnachlieferungen einen Ueberschuß von 396 (387) Millionen Mark ergeben. Im einzelnen wurden eingeführt für 5 Millionen Mark lebende Tiere, für 158,4 Millionen Mark Lebensmittel und Getränke, für 224,6 Millionen Mark Rohstoffe und halbfertige Waren, für 94,8 Millionen Mark fertige Waren; ausgeführt wurden für 3,6 Millionen Mark lebende Tiere, für 36,1 Millionen Mark Lebensmittel und Getränke, für 148,4 Millionen Mark Rohstoffe und halbfertige Waren und für 699,6 Millionen Mark fertige Waren. Die Gesamteinfuhr im reinen Warenverkehr betrug 482,8 Millionen Mark, die Gesamtausfuhr 878,7 Millionen Mark.

Nach der Mitteilung des Deutschen Städtetages ist die Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen im Oktober wiederum stark gestiegen. In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern wurden am 30. Oktober 1931 949 000 von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtsarbeitslose gezählt. Das bedeutet gegenüber dem Stande am Ende des Vormonats mit 833 000

Abrechnung für das 3. Quartal 1931.

| Einnahmen der Hauptkasse: | |
|----------------------------------|----------------------|
| Bestand vom 2. Quartal 1931 | 35 727,90 M. |
| Einnahmen der Verwaltungsstellen | 45 589,53 " |
| Von der Bant erhoben | 91 013,11 " |
| Zinsen | 19 996,28 " |
| Abonnenten und Anierate | 1 000,-- " |
| verschiedene Einnahmen | 133,56 " |
| Summa: | 193 460,38 M. |

| Ausgaben der Hauptkasse: | |
|-------------------------------------|----------------------|
| Agitation | 5 878,07 M. |
| Zeitung | 9 646,42 " |
| Verwaltungskosten (persönliche) | 7 776,29 " |
| Verwaltungskosten (sachliche) | 2 295,47 " |
| Lohnbewegungen | 5 214,40 " |
| Streit- und Gemäßigtenunterstützung | 6 372,20 " |
| Sonstige Unterstützungen | 437,28 " |
| Gewerkschaftsbund | 1 945,50 " |
| Gehälter der Ortsangestellten | 25 931,30 " |
| Unterstützungskasse | 2 705,45 " |
| Zurückgezogene Abonnements | 938,50 " |
| Bant eingezahlt | 51 485,61 " |
| Bildungsfonds | 4 408,58 " |
| Konferenzen | 740,60 " |
| Invalidenfonds | 12 728,20 " |
| Zufuß an die Verwaltungsstellen | 42 589,42 " |
| Bestand am 30. September 1931 | 17 581,19 " |
| Summa: | 193 460,38 M. |

| Unterstützung für Rechnung der Hauptkasse: | |
|--|----------------------|
| Reisunterstützung | 367,75 M. |
| Arbeitslosenunterstützung | 97 713,95 " |
| Krankenunterstützung | 15 489,15 " |
| Beerdigungshilfe | 3 146,-- " |
| Invalidenunterstützung | 14 665,40 " |
| Summa: | 131 382,25 M. |

| Einnahmen der Lokalkassen: | |
|-----------------------------|----------------------|
| Bestand am 30. Juni 1931 | 276 616,82 M. |
| Prozente der Wochenbeiträge | 19 247,35 " |
| Lokale Beitragszuschläge | 21 392,40 " |
| Erwerbslosentlohnungen | 6 018,30 " |
| Zinsen | 4 068,-- " |
| Sonstige Einnahmen | 983,24 " |
| Summa: | 328 326,14 M. |

| Ausgaben der Lokalkassen: | |
|--------------------------------------|----------------------|
| Unterstützungskasse | 81,18 M. |
| Agitation | 2 893,74 " |
| Entschädigung der Ortsverwaltung | 11 271,60 " |
| Sonstige Entschädigungen | 2 900,43 " |
| Sitzungsgeld | 2 531,41 " |
| Miete und dergleichen | 6 840,30 " |
| Büroausgaben | 3 086,20 " |
| Kartell- und Sekretariatsbeiträge | 4 609,03 " |
| Bibliothekszwecke | 830,60 " |
| Konferenzen | 198,65 " |
| Beitragsmatten an Erwerbslose | 9 404,60 " |
| Lohnbewegungen | 655,55 " |
| Streitunterstützung und Rechtschutz | 350,55 " |
| Kostallunterstützung | 6 242,46 " |
| Zuwendungen an andere Organisationen | 10 284,35 " |
| Bestand am 31. Oktober 1931 | 266 075,49 " |
| Summa: | 328 326,14 M. |

eine Zunahme von 66 000 (7,5 Proz.). Den 949 000 anerkannten Wohlfahrtsarbeitslosen sind weitere 17 000 lausend Unterstützte hinzuzurechnen, deren Anerkennungsverfahren noch schwebt. Die Zahl der von den Gemeinden zusätzlich unterstützten Empfänger von Arbeitslosen- und Krakenunterstützung ist gleichfalls gestiegen. Sie betrug Ende Oktober 134 000 gegen 122 000 Ende September.

Die Lohnpolitik in Ostpreußen. Der Oberste Wirtschaftsrat und der Zentralrat der Gewerkschaften haben kürzlich eine gemeinsame Berordnung angenommen, in der das Entlohnungssystem in der Metallindustrie und im Kohlenbergbau neuorganisiert wird. Wehnlche Maßnahmen sind für andere Zweige der Bergbauindustrie ergreifen worden.

Die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Landes erfordert dringend eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Betriebe und der Produktivität der Arbeit, um eine bessere Kapitalbildung zu ermöglichen. Bisher wurde eine Steigerung der Leistung aus folgenden Gründen verhindert: das Stücklohnsystem wurde zu engherzig durchgeführt; die Lohnsysteme zwischen dem Lohn der gelernten und ungelerten Arbeiter ist zu gering; die wichtigsten Industrien, wie die Metallindustrie, zahlten ihren Arbeitern niedrigere Löhne als zahlreiche andere Industrien; die Techniker und Ingenieure werden nicht den Erfordernissen der Industrie entsprechend beschäftigt und entlohnt. Um diesen Mängeln abzuhelfen, sind einige auf eine Verbesserung dieser Zustände hinzielende Bestimmungen der Berordnung am 1. Oktober 1931 in Kraft getreten.

Büchertchau

Der Unfallrichtungs-Wahr-Schau-Kalender 1932 ist erschienen. Der Verband der Deutschen Berufsorganisationen hat wieder wie alljährlich den Unfallrichtungs-Kalender herausgegeben, der durch die Veranschaulichungen über die Unfallrisiken bezogen und informiert an die Arbeitnehmer verteilt wird. Der geringe Preis (15 Pf.) bei größeren Bestellungen 12 bzw. 11 Pf.) für ein 64 Seiten hartes und illustriertes Heft mit buntem Zedelmischdruck ermöglicht es jedem arbeitenden Betrieb, diese wichtigen und notwendigen Unfallverhütungsvoranschläge in die Reihen der Belegschaft zu tragen und auf diese Weise an der Vermeidung von Unfällen mit damit an der Senkung der vermögensschädlichen Beiträge mitzuwirken. Besonders für die kleinen und mittleren Betriebe ist die Beschaffung des Unfallverhütungs-Kalenders eine kaum nennenswerte Belastung, während gerade diese Betriebe durch jeden bei ihnen veranlassenden Unfall schwersten in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ein besondere Weihnachtsgeschenk verspricht das jetzt vorliegende Heft der Bücherei Gutenberg bei Mitgliedern dieser Gewerkschaft weihnächtiger Buchst. Wie im Vorjahre bringt die Bücherei auch diesmal wieder ein besonders in Geldaufwendungen reicheres Werk zum Vorzugspreis heraus, und zwar den Roman „Ulula“, Gedichte eines kleinen Mädchens, von Ernst Krieger. Dieser Roman wird in der Monatszeitung ausführlich besprochen, und nach dieser Artbildung läßt sich bereits heute sagen, daß dieses Buch eine große Auflage erreichen wird. Im übrigen bringt das Heft zahlreiche interessante Geschichten, Erzählungen, Fiktionen, u. a. von Louis Corinth, Max Westrich und Ernst von Salchow.

„Handwerks-Vorschau“. Mitglieder des gefamten Gewerks, ein Katalog, der an Hand von Seiten zu Hause durchgeführt werden kann. Der Preis für dieses im Inhabereigentum Spoels u. Ende, Berlin W 10, Genthiner Str. 42, erscheinende Vorschauwerk beträgt monatlich 3,50 M. Ein aufeinanderfolgendes und eine Probezeitung wird erst Interessenten kostenlos übermitteln, es sind lediglich die Vorschläge von 30 Pf. an den genannten Verlag einzuschicken. Die „Handwerks-Vorschau“ erscheint in Vorschau und behandelt in vier Sammelheften 1. Technische Betriebsführung, 2. Kaufmännische Betriebsführung, 3. Rechts- und Staatslehre, 4. Das Handwerk in der Volkswirtschaft.

Die wirksame Bekämpfung der Arterienverkalkung und der koronaren Herzkrankheit. Von Dr. med. H. Watten, leitender Arzt der Klinik für Herden- und Stoffwechselkrankheiten in Baden-Baden. Mit 23 Bildern. Cochen erscheint eine völlig überarbeitete Neuauflage, 14 bis 29. Tausend, im Süddeutschen Verlagsanstalt G. m. b. H., Stuttgart, Viefenwaldr. 44. Preis nur 2 M.

Verbandsnachrichten

(Beschlüsse des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 23. November bis 29. November ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

Ortsverwaltung Leipzig.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation konnten im Jahre 1931 zurückblicken:

| Name | Rang | Eintritt |
|--------------------|------------|------------|
| Kuland, Otto | Sattler | 24. 2. 06 |
| Krause, Artur | Sattler | 1. 3. 06 |
| Kunert, Theodor | Sattler | 1. 3. 06 |
| Schumann, Otto | Tapezierer | 18. 3. 06 |
| Huber, Hermann | Sattler | 31. 3. 06 |
| Hameister, Hermann | Sattler | 2. 4. 06 |
| Hauschild, Richard | Sattler | 9. 4. 06 |
| Wiesemann, Erich | Tapezierer | 25. 4. 06 |
| Weingand, Hermann | Sattler | 28. 4. 06 |
| Voigt, Arno | Tapezierer | 3. 5. 06 |
| Wendt, Hermann | Tapezierer | 11. 6. 06 |
| Börner, Herbert | Sattler | 4. 8. 06 |
| Klein, Johann | Sattler | 20. 9. 06 |
| Grothe, Franz | Sattler | 4. 11. 06 |
| Klt., Oswald | Sattler | 30. 11. 06 |

Die Anzahl der Jubilare beträgt damit am Orte 123.

Achtung Monatsberichtsarten einpenden!

Die Berichtsarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende November 1931 sind bis spätestens zum 5. Dezember an die Hauptverwaltung einzuliefern. Stichtag ist Sonnabend, der 28. November.

Redaktionschluss für den „Weggenossen“ für Dezember 1931 ist Freitag, der 27. November.

Veranstaltungskalender

Abn. Dienstag, 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Saal 1, Vollerfassung. Filmvortrag.

Sterbetafel

Leipzig. Am 11. November verschied nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Tapezierer Emil Waldmann.

Wiesbaden. Am 6. November starb unser langjähriges Mitglied, der Tapezierer Kollege Wilhelm Werten, im Alter von 58 Jahren.

Chre ihrem Andenken!